



# ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

49. hét

2019.12.02.

## ZUSAMMENFASSUNG

### **Ungarische Innenpolitik** – *Uferlose Debatten um die Ausrichtung der Leichtathletik-WM 2023:*

Obleich die ungarische Regierung internationale Verpflichtungen für die hiesige Ausrichtung der in vier Jahren anstehenden Leichtathletik-Weltmeisterschaften übernahm, benutzte der neue Oberbürgermeister von Budapest die erfolgreiche Bewerbung in den letzten Tagen als politische Waffe gegen die Regierung. Gergely Karácsony formulierte ein 5-Punkte-Ultimatum, das erfüllt werden muss, damit er die Investitionen unterstützen kann.

### **Wirtschaftspolitik** – *Der Bestand an veräußerten Papieren der Ungarischen Staatsanleihe Plus überstieg 2.800 Milliarden Forint:*

Nach Angaben des Finanzministeriums ist der Bestand an verkauften Ungarischen Staatsanleihen Plus (MÁP+) über 2.800 Milliarden Forint geklettert. Die Bürger kauften diese Papiere im Wert von durchschnittlich 5,8 Millionen Forint, und seit 25 Tagen ist bei der Ungarischen Post jene Druckversion erhältlich, von der ebenfalls bereits Anleihen im Wert von mehr als 26 Milliarden Forint erstanden wurden.

### **Außenpolitik, Außenwirtschaft** – *Die gewählte Europäische Kommission hat ihre Arbeit nun auch offiziell aufgenommen:*

Nachdem die drei größten Fraktionen im Europäischen Parlament das durch die frühere bundesdeutsche Verteidigungsministerin geleitete Gremium ihrer Unterstützung versicherten, ist Ursula von der Leyen seit dem 1. Dezember auch offiziell Präsidentin der Europäischen Kommission. Die Politikerin hielt eine umfassende Rede, in der sie die wichtigsten Handlungsrichtungen für alle Kommissare vorgab.

### **Nachrichten, die Beachtung verdienen** – *Die Mitarbeiter des 8. Stadtbezirks von Budapest erhalten kein 13. Monatsgehalt:*

Wenngleich die damals noch vom Fidesz geführte Selbstverwaltung des Stadtbezirks seit 2013 jedes Jahr die Ausschüttung einer 13. Monatsprämie erwirtschaften konnte, will die nunmehr von András Pikó geführte Verwaltung auf diese Geste in diesem Jahr verzichten, um Kosten einzusparen.

## UNGARISCHE INNENPOLITIK

### UM DIE AUSRICHTUNG DER LEICHTATHLETIK-WM 2023 ENTWICKELT SICH EINE UFERLOSE DEBATTE

**Sowohl die ungarische Regierung als auch die involvierten Stadtbezirke der Hauptstadt unterstützen die Verwirklichung der für die Ausrichtung des drittgrößten Sportereignisses der Welt notwendigen infrastrukturellen Entwicklungen, wobei jedoch ein großer Teil der Oppositionspolitiker diese Projekte für ein Kräftemessen mit der Regierung missbraucht.**

Der internationale Verband IAAF erklärte im vergangenen Jahr Budapest zum Ausrichter der 2023 anstehenden Weltmeisterschaften. Der neue Oberbürgermeister Gergely Karácsony gab Anfang November, nachdem er an einer Regierungssitzung zum Thema teilgenommen hatte, bezüglich Bau des neuen Leichtathletikstadions und Ausrichtung der Weltmeisterschaft bekannt, er habe die Regierung um Aufschub gebeten, damit sich die Budapester Stadtverwaltung ein genaueres Bild von den anstehenden Investitionen machen kann – die Regierung möge die Bürgerschaftssitzung Ende November abwarten. Vor einer Woche bewertete der Ungarische Leichtathletikverband sein Treffen mit dem Oberbürgermeister positiv. Daraufhin stellte sich heraus, dass bei Erfüllung gewisser Bedingungen sowohl der Stadtbezirk Ferencváros als auch OB Gergely Karácsony die Abhaltung dieser Sportereignisse in der Hauptstadt unterstützen können. Gergely Karácsony formulierte seine Erwartungen in 5 Punkten, die rein gar nichts mit der Abhaltung des Sportereignisses zu tun haben. Die Regierung unterstützte all diese Punkte und hat bereits in einem Regierungsbeschluss die früher gestellten Bedingungen verankert. Die Budapester Bürgerschaft hielt derweil fest, dass man die Ausrichtung und den Bau von Stadien in Ferencváros und in Nord-Csepel nur in dem Fall befürworten könne, wenn sämtliche Punkte erfüllt werden, die nicht unmittelbar mit der Ausrichtung der Weltmeisterschaft verbunden sind. Die ungarische Regierung bezog den Standpunkt, dass Budapest dieses Großereignis des Sports 2023 ausrichten kann, nachdem in dem verkündeten Regierungsbeschluss sämtliche von Seiten der beiden involvierten Stadtbezirke zuvor formulierten Vorschläge Aufnahme fanden. Eine herausragende Erwartung von OB Gergely Karácsony lautete, die Regierung solle kurzfristig 50 Milliarden Forint für die ambulante Gesundheitsversorgung von Budapest abweisen. Die Regierung wollte in diesem Zusammenhang erreichen, dass die Opposition

die Errichtung des neuen „Superkrankenhauses“ für Süd-Buda nicht behindert. Diese Bitte wurde von der Bürgerschaft der Hauptstadt aber nicht berücksichtigt, die den Vorschlag zurückwies.

## UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

### DER BESTAND AN PAPIEREN DER UNGARISCHEN STAATSANLEIHE PLUS ÜBERSTIEG 2.800 MILLIARDEN FORINT

Nach Angaben des Finanzministeriums ist der Bestand an verkauften Ungarischen Staatsanleihen Plus (MÁP+) über 2.800 Milliarden Forint geklettert. Die Bürger kauften diese Papiere im Wert von durchschnittlich 5,8 Millionen Forint, und seit 25 Tagen ist bei der Ungarischen Post jene Druckversion erhältlich, von der ebenfalls bereits Anleihen im Wert von mehr als 26 Milliarden Forint erstanden wurden. Darüber hinaus ist die Anleihe MÁP+ in Bankfilialen, beim Schatzamt und in Postämtern erhältlich.

Die am 3. Juni 2019 in Umlauf gebrachte Anleihe MÁP+ bietet außerordentlich gute Bedingungen, weil sie seit ihrer Einführung die höchsten Ertragsraten verspricht. Obendrein sind die Zinserträge auf die Ungarische Staatsanleihe Plus steuerfrei gestellt, die von inländischen ebenso wie von ausländischen Privatpersonen gekauft werden kann. Es handelt sich um eine flexible Konstruktion mit halbjährigen Ertragsausschüttungen, die jederzeit beliebig eingetauscht werden kann. Die Anleihe MÁP+ trägt zu jenem strukturellen Umbau der ungarischen Staatsschulden bei, der die Volkswirtschaft im letzten Jahrzehnt zu stabilisieren vermochte. Vor zehn Jahren befanden sich noch drei Viertel der Schulden in der Hand von Ausländern, bis heute hat sich dieses Verhältnis umgekehrt, so dass drei Viertel der Schulden durch einheimische Akteure finanziert werden. Parallel dazu ist auch der Schuldenberg an sich gesunken, denn die Staatsschulden nahmen von mehr als 80 Prozent am Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2010 in der Zwischenzeit auf unter 70 Prozent ab.

### DIE UNGARISCHE REGIERUNG HAT EINER FINANZKORREKTUR ZUGESTIMMT

Die ungarische Regierung hat sich mit der Europäischen Kommission in Bezug auf strittige Ausschreibungen auf eine pauschale Finanzkorrektur von 10 Prozent geeinigt. Diese Übereinkunft erlaubte eine schnellere Vornahme der Korrektur, was zugleich mit weniger administrativen Kosten einherging. In Bezug auf den Haushaltszyklus 2014-2020 wurden in 30 Operativprogrammen in 15 Mitgliedstaaten Mängel aufgedeckt. Abgesehen von Ungarn akzeptierten auch Deutschland

(Sachsen-Anhalt) und Kroatien allgemeingültige Finanzkorrekturen. Ungarn plante hinsichtlich der beanspruchten EU-Fördermittel von vornherein 113-114 Prozent ein, weshalb die vorgenommene Korrektur mit keinem tatsächlichen Ausfall von EU-Geldern einhergeht.

## AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

### DIE GEWÄHLTE EUROPÄISCHE KOMMISSION HAT IHRE ARBEIT NUN AUCH OFFIZIELL AUFGENOMMEN

Olivér Várhelyi wird die Arbeit der Europäischen Kommission in den nächsten fünf Jahren als Kommissar für die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik unterstützen. Ursula von der Leyen bat um eine Schonfrist von 100 Tagen, um die ersten Ergebnisse vorzulegen und ihr Programm detailliert auszuarbeiten. Vorläufig unterstützen die drei größten Fraktionen im Europäischen Parlament ihre Politik, wobei sich die wahren Interessengegensätze erst im weiteren Verlauf herauskristallisieren werden.

Unter den 748 Abgeordneten des Europäischen Parlaments gaben 707 eine gültige Stimme ab, als über die künftige Kommission als Ganzes entschieden werden musste. Dabei billigten 461 Abgeordnete das von Ursula von der Leyen geleitete Gremium, während es von 157 Abgeordneten abgelehnt wurde und sich 89 Abgeordnete der Stimme enthielten. Aus den Erklärungen von Abgeordneten im Anschluss an die geheime Abstimmung ist ersichtlich, dass sich die Fraktionen Europäische Volkspartei (182 Abgeordnete), Sozialdemokraten (154 Abgeordnete) und Renew Europe (108 Abgeordnete) für die neue Europäische Kommission aussprachen. In ihrer knapp 40-minütigen Programmrede formulierte von der Leyen, ohne konkret zu werden, zahlreiche Versprechen: die Einrichtung einer Bankenunion, eine klimaneutrale Gemeinschaft bis 2050, einen neuen europäischen „Green Deal“ und einen Durchbruch im digitalen Sektor. Aus ungarischem Blickwinkel betrachtet war außerordentlich wichtig, dass die Kommissionschefin in Verbindung mit einer denkbaren Erweiterung den zum Beitritt bereiten Ländern des Westbalkans signalisierte, die Tür zur EU stehe für sie offen. Der ungarische Kommissar Olivér Várhelyi hatte früher bereits im Falle Albaniens und Nord-Mazedoniens die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen angestrengt. Dazu kann es nun frühestens ab Mai 2020 kommen, wenn in Zagreb unter der Ratspräsidentschaft Kroatiens Verhandlungen der Staaten des Westbalkans mit der Gemeinschaft stattfinden werden. Olivér Várhelyi erlangte unter Kenntnis dieser Umstände die wichtigste und bedeutendste politische und

diplomatische Position des vergangenen Jahrzehnts auf dem internationalen Parkett. Eine weitere wichtige Botschaft in der Antrittsrede bestand darin, dass die Kommission die bereits gescheiterten Vorschläge der Juncker-Kommission zur Lösung der Migrationskrise aufs Neue auf die Tagesordnung setzen will. Dabei soll dieses Mal jedoch mehr Augenmerk darauf gelegt werden, die legale von der illegalen Migration zu trennen, das Asylsystem zu reformieren und die Sicherheit innerhalb der Europäischen Union zu stärken. Innerhalb der Europäischen Kommission gelang es nahezu perfekt, die Gleichberechtigung der Geschlechter bei der Verteilung der Positionen durchzusetzen, obendrein ist Ursula von der Leyen die erste Kommissionspräsidentin seit der Einrichtung dieser Institution. Die Vorgänger-Kommission unter Jean-Claude Juncker übergab zahlreiche Gebiete, die dringende Maßnahmen erfordern. Zuerst einmal müssen alle Bedingungen für den Austritt Großbritanniens nach den vorgezogenen Wahlen vom 12. Dezember geschaffen werden. Anschließend muss sie dafür sorgen, jenes Budget zu verabschieden, welches das folgende Jahrzehnt der Europäischen Union prägen wird. Dabei kritisieren Politiker schon jetzt, dass die Vorlage für den nächsten Finanzrahmen in unzähligen Punkten Interessen der Mitgliedstaaten und Nationen verletzt.

## NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

### DIE MITARBEITER DES 8. STADTBZIRKS ERHALTEN KEINEN 13. MONATSLOHN

Zwischen 2013 und 2018 erhielten dank der ausgewogenen Bewirtschaftung des 8. Stadtbezirks alle von der Selbstverwaltung beschäftigten Personen (darunter auch Kindergärtnerinnen, Erzieher und Mitarbeiter des Sozialwesens) einen 13. Monatslohn am Jahresende, womit die Stadtverwaltung zum Ausdruck brachte, wie wichtig ihr diese Mitarbeiter sind. In jedem Haushaltsjahr war jedoch Voraussetzung, dass diese zusätzlichen Gelder nur dann fließen können, wenn der Haushalt des Stadtbezirks dies zuließ. Der neue, von der Opposition gestellte Bürgermeister András Pikó beendete jedoch in einer seiner ersten Maßnahmen die Möglichkeit der Ausschüttung eines 13. Monatslohns. Wie er behauptete, war das erforderlich, weil der Stadtbezirk nicht genügend Mittel zur Verfügung habe, obendrein wolle er einen Sparkurs fahren. Die Argumente von Pikó beißen sich jedoch, nachdem er in einem Interview vergangene Woche einräumte, die Durchleuchtung der Finanzen des Stadtbezirks sei noch gar nicht abgeschlossen. Zumal es eine Tatsache ist, dass Pikó die eigenen Bezüge auf der konstituierenden Sitzung der Bürgerschaft von Józsefváros auf 1 Million Forint

anheben ließ, was ganz sicher kein Schritt war, der in das Bild einer sparsamen Stadtführung passt. Dabei war die Bewirtschaftung des 8. Stadtbezirks unter dem Fidesz ausgezeichnet, weshalb der Bezirk offenbar Rücklagen in Höhe von 13 Milliarden Forint bilden konnte. Die Ausschüttung eines 13. Monatslohns für die ungefähr 700 betroffenen kommunalen Mitarbeiter würde sich auf 140 Millionen Forint belaufen.

## 43 CT-VORRICHTUNGEN GIBT ES HEUTE IN BUDAPEST

Eines der wichtigsten Versprechen von Gergely Karácsony im Wahlkampf lautete, dass er keine Vorlagen zum Bau von Stadien unterstützen wird, solange nicht in jedem Stadtbezirk von Budapest wenigstens 1 CT-Vorrichtung vorhanden sei. Seither hat sich wiederholt herausgestellt, dass diese Darstellung sachlich falsch ist. In Wirklichkeit hat sich die Anzahl der CT- und MR-Vorrichtungen in Budapest in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Heute werden 43 CT-Vorrichtungen in 13 der 23 Stadtbezirke von Budapest betrieben. Keine CT-Vorrichtungen gibt es im 1. Stadtbezirk, im 4. Stadtbezirk erhielt eine private Einrichtung gerade vergangene Woche die Betriebsgenehmigung für eine CT-Anlage, in den Stadtbezirken 15-23 gibt es eine solche Technik einzig im 10. Stadtbezirk. Anders gesagt leben 1,2 Millionen der insgesamt 1,75 Millionen Bürger der Hauptstadt in Stadtbezirken, die über CT-Vorrichtungen verfügen, dementsprechend 550.000 Menschen in Bezirken ohne solche Technik. Dessen ungeachtet ist allen Stadtbezirken ein schneller Zugriff auf diese CT-Vorrichtungen sichergestellt. Denn grundlegend bestimmt nicht die Anzahl der CT-Vorrichtungen, sondern weitaus mehr die Menge der mit diesen vorgenommenen Untersuchungen die Qualität des Gesundheitswesens.

## PROGNOSE

- In Deutschland wurde es in der Vergangenheit zur Tradition, dass die beiden bei den Wahlen am besten abschneidenden Volksparteien eine Regierung in Form einer Großen Koalition bilden. Um die von der CDU/CSU mit der SPD gebildeten Regierungen entstanden – insbesondere in den jüngsten Jahren – heftige Debatten, was sich an den Umfragewerten aller an der Koalition beteiligten Parteien zeigt. Viele glauben, dass die SPD ihren Wählerschwund mit einer Aufkündigung der Großen Koalition stoppen könne, während andere gerade dieser Regierungsbeteiligung zuschreiben, dass die Partei überhaupt noch sichtbar ist.

Martin Schulz trat im vorigen Februar als Parteivorsitzender zurück, dem Andrea Nahles an der Spitze der SPD folgte, die aber auch sehr schnell das Handtuch warf. Daraufhin entschied die Partei, ein System von Co-Vorsitzenden einzuführen, welches die 440.000 Parteimitglieder am 26. Oktober absegneten. Dieser Auswahlprozess findet mit dem Parteitag im Dezember sein Ende. Um das neu geschaffene Amt der Co-Vorsitzenden befanden sich am Ende noch die Paare Klara Geywitz – Olaf Scholz beziehungsweise Saskia Esken – Norbert Walter-Borjans im Rennen. Ersteres Duo sprach sich für den Fortbestand der Großen Koalition aus, mit den Argumenten, dass die Sozialdemokraten viele Erfolge in der gemeinsamen Arbeit der Regierung vorweisen können und auch in der wichtigen Frage der Grundrente einen Kompromiss mit der CDU erreichten. Einigkeit herrschte zudem hinsichtlich der Thesen, dass eine starke deutsche Volkswirtschaft gebraucht wird und der Klimawandel gebremst werden müsse. Das Duo Esken – Borjans seinerseits sprach sich gegen einen Fortbestand der Großen Koalition aus. Sie wollen den Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde anheben und fordern bessere Arbeitsverträge zum Schutz der Arbeitnehmer, wie sie auch das eigenständige Profil der Sozialdemokraten gegenüber CDU/CSU stärken wollen. Bei dem Votum der SPD-Basis setzten sich überraschend Esken – Borjans durch. Nun wird der Parteitag über die Zukunft der Großen Koalition entscheiden.

Am 3. und 4. Dezember tagt die NATO in London. Wenngleich das Verteidigungsbündnis offiziell das 70. Jubiläum seiner Gründung begeht, wollen die Mitgliedstaaten das Gipfeltreffen in London doch auch dazu nutzen, die Konflikte der vergangenen Monate beizulegen. So dürfte der Plan von US-Präsident Donald Trump zur Reformierung der NATO auf der Tagesordnung stehen, aber ganz sicher auch die Lage in der Ukraine zur Sprache kommen, wie ebenso die Aktivitäten der Türkei im Nahen Osten die Aufmerksamkeit von Mitgliedstaaten der Organisation erregten.